



Landratsamt Fürth

Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 23. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses

Sitzungsdatum:	Donnerstag, 03.04.2025
Beginn:	08:30 Uhr
Ende	09:48 Uhr
Ort:	Landratsamt Fürth, Im Pinderpark 2, Besprechungszimmer 0.36

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Obst, Bernd

Ausschussmitglieder

Kreisrat Bauer, Frank	Vertretung für Herrn Rainer Gegner
Kreisrätin Eder, Elke	Vertretung für Herrn Fritz Ruf
Kreisrätin Egerer, Jutta	Vertretung für Herrn Christoph Reuther
Kreisrat Förster, Theodor	
Kreisrätin Franz, Irene	
Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister	
Kreisrätin Igel, Angelika	
Kreisrat John, Klaus	Vertretung für Frau Marie Schöttner
Kreisrat Köninger, Peter	
Kreisrat Peter, Thomas	
Kreisrat Röhn, Martin	
Kreisrat Schäfer, Walter	
Kreisrat Tiefel, Werner	Vertretung für Herrn Erich Ammon
Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister	

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Eder, Christoph Verwaltungsoberinspektor
Ell, Christian Verwaltungsfachwirt
Knoll, Benjamin Verwaltungsrat
Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat
Romanek, Kristin Oberregierungsrätin

Presse

Reitzner, Hans-Peter Fürther Nachrichten

Gäste

Klinner, Hans Vorsitzender Seniorenrat Langenzenn

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrat Ammon, Erich

Kreisrat Gegner, Rainer, 1. Bürgermeister

Kreisrat Reuther, Christoph

Kreisrat Ruf, Fritz

Kreisrätin Schöttner, Marie

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 22. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 13.01.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
- 2 Mitteilungen
- 2.1 Information des VGN zu den letzten Forderungen des Langenzenner Seniorenrates **032/2025**
- 2.2 Zusammenfassung der VGN Mobilitätsbefragung 2023 **079/2025**
- 3 Freiwillige Übernahme der Beförderungskosten Interimgymnasium Cadolzburg **081/2025**
- 4 Anfragen

Landrat Bernd Obst eröffnet um 08:45 Uhr die 23. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Im Verlauf der Beratung ist Hans Klinner (Vorsitzender Seniorenrat Langenzenn) anwesend. Die Mehrheit des Umwelt- und Verkehrsausschusses ist einverstanden, dass Herr Klinner unter **TOP 2.1 Information des VGN zu den letzten Forderungen des Langenzenner Seniorenrates** den Standpunkt der Seniorenräte darlegt.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 22. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 13.01.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	--

Gegen die Niederschrift über die 22. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 13.01.2025 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Information des VGN zu den letzten Forderungen des Langenzenner Seniorenrates

Christoph Eder (ÖPNV) fasst die Mitteilung zusammen.

Hans Klinner (Vorsitzender Seniorenrat Langenzenn) betont, dass Mobilität ein zentrales Thema für die Seniorenräte ist. Er weist auf die hohen Fahrpreise hin, die für ältere Menschen mit geringem Einkommen problematisch sind, bringt Argumente für die Einführung einer Seniorenkarte im Landkreis und betont, dass der westliche Landkreis deutlich schlechter gestellt ist. Besonders Gelegenheitsfahrer, die gelegentlich zu Ärzten fahren, sind betroffen. Herr Klinner appelliert an das Gremium, über günstigere Optionen für diese Menschen nachzudenken, die den VGN nur sporadisch nutzen.

Der **Vorsitzende** weist auf die Sparkommission hin und die schwierige Aufstellung des Landkreishaushalts. Die Kosten für diese Maßnahme wären mit 1,3 Mio. € zu beziffern, welche alleine durch den Landkreis zu zahlen wären. Bei einem Gesamtdefizit im ÖPNV in Höhe von ca. 7 Mio. € ist diese Maßnahme schlichtweg nicht machbar.

Das Gremium nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

TOP 2.2	Zusammenfassung der VGN Mobilitätsbefragung 2023
----------------	---

Christoph Eder (ÖPNV) stellt die wichtigsten Daten der VGN-Mobilitätsbefragung für den Landkreis Fürth vor. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Kreisrat Walter Schäfer (B'90/Die Grünen) regt an, den Takt zwischen dem Landkreis und der U-Bahnstation Fürth-Süd zu erhöhen. **Christoph Eder** bestätigt, dass eine Erhöhung der Taktfrequenz bereits in Planung ist.

Kristin Romanek (Finanzen, Kreiseinrichtungen und Mobilität) fasst den Sachverhalt zusammen. Sie weist auf die Bedenken der Verwaltung hin, nicht genügend Anmeldungen für das neue Gymnasium zu bekommen. Um den Schulstandort zu stärken, schlägt die Verwaltung vor, für die Vorläuferschule die Beförderungskosten auch innerhalb des 3-km Radius durch den Landkreis zu übernehmen.

Der **Vorsitzende** ergänzt die Ausführungen um die Eindrücke aus der Informationsveranstaltung für die Eltern. Er verweist auf den unbeleuchteten Fahrradweg entlang der Staatsstraße und die fehlende Ampel im Bereich der Schwadermühle, was die Straßenüberquerung erschwert. Aus Sicht der Eltern stellt insbesondere der letzte Abschnitt des Schulwegs ein Problem dar, da dort weder ein Fußweg noch ein Fahrradweg vorhanden ist.

Im Verlauf der Diskussion äußern die Mitglieder des Ausschusses ihre Positionen:

Kreisrat Bernd Zimmermann (CSU) erklärt, dass der Landkreis angesichts der angespannten Haushaltslage keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen übernehmen kann. Er betont, dass Schülerinnen und Schüler ab der fünften Jahrgangsstufe den Schulweg mit dem Fahrrad bewältigen können, da entlang der Staatsstraße ein Rad- und Fußweg vorhanden ist, was eine sichere Verbindung gewährleistet. Er sieht die Maßnahme als eine freiwillige Leistung, die im Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz steht und warnt vor einer Tür, die sich dadurch öffnet. Er kann dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Kreisrat Frank Bauer (SPD) erkundigt sich nach dem Zeitplan der Vorläuferschule. Der **Vorsitzende** erklärt, dass im Schuljahr 2025/26 an den Bestandsgymnasien Oberasbach und Langenzenn Vorläuferklassen eingerichtet werden. Zum Schuljahr 2028/29 sollen die Schüler drei Jahre in eine gemeinsame Vorläuferschule wechseln, bis das neue Gymnasium Cadolzburg fertiggestellt ist.

Kreisrat Martin Röhn (B'90/Die Grünen) hält das Konzept der Interimsschule für widersprüchlich. Er ist der Auffassung, dass die Schüler die Entfernungen zu Fuß bewältigen können. Er hält die zusätzlichen Kosten von rund 1.000 € pro Schüler für nicht vertretbar. Er kann dem Vorschlag daher nicht zustimmen.

Kreisrat Werner Tiefel (FW) spricht sich für die Übernahme der Beförderungskosten für drei Jahre aus, um den Schulstandort zu stärken. Im Verhältnis zu den Gesamtkosten stuft er den Anteil der Beförderungskosten als gering ein. Er gibt zu bedenken, dass die Kosten ebenfalls übernommen werden müssten, wenn die Schüler nach Oberasbach oder Langenzenn fahren.

Kreisrat Walter Schäfer (B'90/Die Grünen) ist der Ansicht, dass es nicht verantwortbar ist, Schülerinnen und Schüler der fünften Jahrgangsstufe die Staatsstraße entlang laufen zu lassen. Er fordert, dass bei einer möglichen Errichtung der Interimsschule im Gewerbegebiet Schwadermühle die erforderlichen Mittel für die Schülerbeförderung bereitgestellt werden.

Kreisrat Thomas Peter (FDP) betont, dass auch der Landkreis gehalten ist, Sparmaßnahmen umzusetzen, ebenso wie die kreisangehörigen Kommunen. Vor diesem Hintergrund kann der Landkreis keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen übernehmen. Es ist aus seiner Sicht zumutbar, dass Schülerinnen und Schüler ab der fünften Jahrgangsstufe den Schulweg mit dem Fahrrad zurücklegen. Er kann dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Zur Frage der Beförderungskosten verweist **Christoph Eder** (ÖPNV) auf die Beschlussvorlage. Demnach soll die Schülerbeförderung in der für den Landkreis wirtschaftlichsten Variante erfolgen. Aufgrund noch ausstehender Anmeldezahlen können die zu erwartenden Kosten lediglich

grob geschätzt werden. Die Verwaltung geht von einer größeren Zahl an Schülerinnen und Schülern aus Cadolzburg und Seukendorf aus, die im Radius von 3 km wohnen. Derzeit stellt Cadolzburg die größte Zahl an beförderungspflichtigen Schülern im Landkreis. Die Schülerbeförderung kann sowohl über den Schulbusverkehr als auch über den bestehenden ÖPNV erfolgen. Für eine ausreichende Kapazität ist jedoch der Einsatz von Verstärkerbussen erforderlich.

Kreisrat Martin Röhn (B´90/Die Grünen) fragt nach den Konsequenzen, sollte der Kreistag der Errichtung der Interimsschule nicht zustimmen. Der **Vorsitzende** erläutert, dass die Interimsschule eine Vorgabe des Ministeriums ist, um eine Schulfamilie aufzubauen. Die Verwaltung hat verschiedene Varianten geprüft und das Thema wurde bereits in mehreren Schul- und Bauausschüssen behandelt. Es liegt eine eindeutige Beschlusslage vor.

Kreisrätin Elke Eder (FW) spricht sich für eine Gleichstellung aller Schülerinnen und Schüler im Landkreis hinsichtlich der Schülerbeförderung aus. Sie regt an, die Übernahme der Beförderungskosten nicht nur auf die Cadolzburger Schüler zu beschränken, sondern diese für alle betroffenen Grenzschilder über einen Zeitraum von drei Jahren zu prüfen.

Kreisrat Bernd Zimmermann (CSU) äußert, dass aus seiner Sicht die Beförderungskosten keine entscheidende Rolle für eine Anmeldung an der neuen Schule spielen. Zudem sind Fünftklässler in der Lage, den Schulweg mit dem Fahrrad zurückzulegen. Er betont, dass es nicht Aufgabe des Gremiums ist, Schüler „in Watte zu packen“ und verweist auf die bevorstehende Sparkommission sowie die zunehmende finanzielle Belastung der Kommunen durch die steigende Kreisuimlage.

Kreisrat Bertram Höfer (CSU) teilt die Bedenken, dass die freiwillige Übernahme der Beförderungskosten zu einer unkontrollierbaren finanziellen Belastung führen könnte. Er fragt ob es möglich sei, die Schülerzahlen an den bestehenden Gymnasien zu begrenzen, um die Anzahl der Schüler für die neue Schule in Cadolzburg zu erhöhen.

Der **Vorsitzende** hebt hervor, dass der Landkreis selbst für die Werbung der Vorläuferschule sorgen muss. Die Verwaltung sieht in der Übernahme der Beförderungskosten ein Mittel, um den neuen Schulstandort attraktiver zu machen. Er betont, dass die Entscheidung sorgfältig abgewogen wurde. Zugleich verweist er auf die Legitimität der Diskussion, insbesondere im Hinblick auf freiwillige Leistungen und Gleichstellung. Der Vorschlag soll den betroffenen Eltern deutlich machen, dass sich der Landkreis die Entscheidung nicht leichtgemacht hat und eine sorgfältige Abwägung der Aspekte erfolgt ist.

Kreisrat Walter Schäfer (B´90/Die Grünen) stellt fest, dass ein Bus verkehrt. Es steht den Eltern frei, ihre Kinder befördern zu lassen, allerdings auf eigene Kosten. Für bedürftige Familien besteht die Möglichkeit einen finanziellen Zuschuss zu beantragen.

Martin Kohler (Kreiskämmerer) führt aus, dass die Vorläuferschule zwar gefordert, aber nicht gefördert wird. Die freiwillige Übernahme der Beförderungskosten kann die Attraktivität des Standorts erhöhen. Gleichzeitig äußert er Bedenken hinsichtlich der finanziellen Belastung durch freiwillige Leistungen und einer möglichen Ungleichbehandlung. Er steht dem Beschlussvorschlag eher ablehnend gegenüber.

Der **Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss die Einrichtung der freiwilligen Schülerbeförderung am Interimgymnasium Cadolzburg auch innerhalb des 3 km Radius mit der für den Landkreis günstigsten Variante (Nahverkehr/Schulbus).

Diese Regelung erlöscht beim Bezug des Standortgymnasiums in Cadolzburg OT Egersdorf.

Mehrheitlich abgelehnt Ja 4 Nein 11

TOP 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Landrat Bernd Obst schließt um 09:48 Uhr die 23. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses.

Zirndorf, den 20.05.2025

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in